



SBV Schweizerischer Bauernverband **USP** Union Suisse des Paysans **USC** Unione Svizzera dei Contadini **UPS** Unìun Purila Svizra



SBV Schweizerischer Bauernverband **USP** Union Suisse des Paysans
USC Unione Svizzera dei Contadini **UPS** Unìun purila svizra



Medienmitteilung des Schweizerischen und des Bündner Bauernverbandes vom 20. August 2003

Sparpläne treffen die Bauernfamilien ins Mark

Der Schweizerische Bauernverband (SBV) und der Bündner Bauernverband nahmen an einer Medienkonferenz in Chur GR Stellung zum geplanten Entlastungsprogramm 2003 des Bundes. Die Botschaft war eindeutig: Die beabsichtigten Sparmassnahmen sind für die Landwirtschaft nicht tragbar.

Hansjörg Walter, Nationalrat und SBV-Präsident, und SBV-Direktor Jacques Bourgeois skizzierten die Eckwerte des Programms und dessen Auswirkungen. Die geplanten Kürzungen der Direktzahlungen sowie der Mittel für die Förderung von Produktion und Absatz wirken sich unmittelbar negativ auf die Einkommen der Bauernfamilien aus. Der SBV errechnete einen durchschnittlichen Einkommensrückgang der Landwirtschaftsbetriebe von 10 Prozent. In Berggebieten sind es je nach Betriebsgrösse 9,9 bis 13,9 Prozent, in Talgebieten 7,4 bis 8,4 Prozent. Zudem stellt die Kürzung von Direktzahlungen die Glaubwürdigkeit und die Verlässlichkeit der Agrarpolitik in Frage.

Selbst in der Botschaft des Bundesrates heisst es, dass die geplanten Kürzungen im Landwirtschaftssektor bei einem Durchschnittsbetrieb eine Verminderung der Einnahmen von 2'400 Franken pro Jahr zur Folge hätte. Im Jahre 2002 lag der durchschnittliche Arbeitsverdienst pro in der Landwirtschaft tätigen Person bei 2'500 Franken pro Monat oder 30'400 Franken im Jahr. Durch die geplanten Sparmassnahmen würden mehr Betriebe als heute in ihrer Existenzfähigkeit bedroht, heisst es seitens des Bundesrates.

Hansjörg Walter kündigte an, dass die Bauernfamilien diese Kürzungen nicht hinnehmen können. Problematisch werden auch die voraussichtlich anfallenden Sozialkosten, welche die öffentlichen Haushalte erheblich belasten. Unglücklicherweise hat dasselbe Parlament, welches jetzt über das Sparprogramm befinden soll, bei der Agrarpolitik 2007 nichts von einer Betriebsaufgabeentschädigung wissen wollen. Vor dem Hintergrund eines weiter beschleunigten Strukturwandels, wie ihn das Sparpaket zweifellos auslösen würde, wäre ein minimaler Sozialplan unbedingt notwendig.

Die Sparmassnahmen stellen zudem die Einhaltung der Verfassung in Frage. 1996 wurden der Landwirtschaftsartikel und 1998 die VKMB-Denner-Initiative von Volk und Ständen mit grossen Mehrheiten angenommen bzw. abgelehnt. Darin enthalten ist auch die Zustimmung zu ausreichenden finanziellen Mitteln zur Umsetzung der neuen Agrarpolitik.

Den Bauernfamilien in der Schweiz kann das Entlastungsprogramm nicht zugemutet werden. Darum wird sich der SBV mit aller Kraft gegen die Sparmassnahmen zur Wehr setzen, so Direktor Jacques Bourgeois.

Nationalrat Hansjörg Hassler, Präsident des Bündner Bauernverbandes, betonte die besonders negativen Auswirkungen auf die Berglandwirtschaft. Die vorgeschlagenen Direktzahlungskürzung trifft die Bergbauern überproportional, weil sie mit ihrer vergleichsweise extensiven Bewirtschaftung auf grosse Flächen angewiesen sind. Dazu kommt, dass der Anteil der Direktzahlungen am landwirtschaftlichen Einkommen im Berggebiet höher ist als in den übrigen Gebieten. Auch die geplanten Kürzungen bei den Mitteln für die Förderung von Produktion und Absatz wären für die Berg- und Randgebiete sehr schmerzhaft. Da der Abbau zum grossen Teil den Milchsektor betrifft, der heute schon in einem zunehmend liberalisierten Marktumfeld im Berggebiet stark unter Druck ist, würde die Erosion der Milchproduktion noch beschleunigt. Es ist das erklärte Ziel des Bündner Bauernverbandes, die Milchproduktion im Berggebiet zu erhalten. Auch Einbussen bei der Kategorie Sozialmassnahmen und Grundlagenverbesserung trifft einmal mehr die Berglandwirtschaft, weil hier der Nachholbedarf besonders gross ist.



SBV Schweizerischer Bauernverband **USP** Union Suisse des Paysans **USC** Unione Svizzera dei Contadini **UPS** Uniun Purila Svizra

Auch die Bergbauern sind bereit, einen Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen zu leisten. Aber die vom Bundesrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen stellen die Bauernfamilien vor schier unlösbare Probleme. Eine Kürzung des Sparvolumens für die Landwirtschaft ist daher dringend vorzunehmen, so Hassler zum Schluss.

Rückfragen:

Hansjörg Walter, Präsident SBV, Natel 079 404 33 92

Hansjörg Hassler, Präsident Bündner Bauernverband, Natel 079 438 50 53

Jacques Bourgeois, Direktor SBV, Natel 079 219 32 33 / e-mail

Roland Furrer, Stab / Kommunikation SBV, Natel 079 432 29 15 / e-mail



SBV Schweizerischer Bauernverband **USP** Union Suisse des Paysans **USC** Unione Svizzera dei Contadini **UPS** Uniuin Purila Svizra



SBV Schweizerischer Bauernverband **USP** Union Suisse des Paysans
USC Unione Svizzera dei Contadini **UPS** Uniuin purila svizra



Medienkonferenz des Schweizerischen und des Bündner Bauernverbandes vom 20. August 2003

Sparpläne treffen Berglandwirtschaft besonders hart

Referat Nationalrat Hansjörg Hassler, Präsident Bündner Bauernverband

Die Einkommenssituation in der Landwirtschaft verschlechtert sich aus verschiedenen Gründen. Die Sparpläne des Bundesrates würden die finanzielle Situation der Bauernfamilien weiter verschärfen. Auch innerhalb der Landwirtschaft gibt es grosse Unterschiede in der Einkommensentwicklung. Wie bereits aufgezeigt wurde, wären die Bergbauern von den Sparmassnahmen noch stärker betroffen als ihre Kollegen im Tal- und Hügellgebiet. Die Bergbauern erreichen bereits heute bei weitem nicht die Durchschnittseinkommen der Talbauern. Der durchschnittliche Arbeitsverdienst pro Familienarbeitskraft würde im Talgebiet mit den vorgeschlagenen Sparmassnahmen auf 38'254 Franken im Jahr sinken, im Hügellgebiet auf 28'622 Franken und im Berggebiet auf 23'957 Franken. Dies ergäbe im Berggebiet einen monatlichen Arbeitsverdienst von knapp 2'000 Franken pro Familienarbeitskraft.

Die vorgeschlagenen Einsparungen bei den **Direktzahlungen** würden die Berglandwirtschaft besonders hart treffen. In der Botschaft wird eine Kürzung der Flächenbeiträge um 60 Franken pro Hektare vorgeschlagen. Weil die Bergbauern ihr Land eher extensiv bewirtschaften, sind sie auf vergleichsweise grosse Flächen angewiesen. Ebenfalls ist der Anteil der Direktzahlungen am landwirtschaftlichen Einkommen im Berggebiet deutlich höher als in den übrigen Regionen unseres Landes. Eine Kürzung der Flächenbeiträge trifft daher uns Bergbauern besonders hart.

Im Zuge der Sparmassnahmen des Bundes dürfen meiner Meinung nach die Direktzahlungen nicht angetastet werden. Kürzungen der Direktzahlungen würden die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Agrarpolitik in Frage stellen. Es darf nicht sein, dass der Wert der multifunktionalen Leistungen der Landwirtschaft für die Öffentlichkeit der Willkür ausgesetzt werden, welche durch die momentane Situation der Bundesfinanzen hervorgerufen wird.

Die Stützung im Bereich **Förderung von Produktion und Absatz** kommen zu einem grossen Teil der Milchwirtschaft zu gute. Auch Kürzungen in diesem Bereich wären für die Berg- und Randgebiete sehr schmerzhaft. Das Berggebiet ist in einem zunehmend liberalisierten Markt bereits heute bei der Milchproduktion in Bezug auf Klima, Topografie und Distanzen deutlich benachteiligt. Mit der Aufhebung der Milchkontingentierung, der Umsetzung des bilateralen Landwirtschaftsabkommens mit der EU und mit der anstehenden WTO-Verhandlungsrunde kommt das Berggebiet weiter unter Druck. Die zunehmende Umstellung von der Milchwirtschaft auf andere Betriebszweige wie Mutterkuhhaltung oder Viehaufzucht macht uns jetzt bereits Sorgen genug. Es ist zu befürchten, dass ein Stützungsabbau im Milchsektor diese unerfreuliche Entwicklung beschleunigen würde. Es ist aber das erklärte Ziel des Bündner Bauernverbandes, die Milchproduktion auch im Berggebiet zu erhalten.

Sorgen machen uns auch die vorgeschlagenen Sparmassnahmen im Bereich **Sozialmassnahmen und Grundlagenverbesserung**. Gerade in unserem Kanton besteht in diesem Bereich ein grosser Nachholbedarf. So werden jedes Jahr neue Gesamtmeliorationen beschlossen, die dringend an die Hand genommen werden sollten. Bei den landwirtschaftlichen Hochbauten müssen die Bauern bereits jetzt eine fast unzumutbare Wartefrist in Kauf nehmen, weil die Baugesuche so zahlreich sind. Die Beiträge für Grundlagenverbesserungen sind zwar nicht unmittelbar einkommenswirksam. Aber mittel- und langfristig haben sie sehr wohl einen positiven Einfluss auf das Einkommen der Bauernfamilien. Die Verbesserung der Strukturen auf Hof und Feld bringen den Bauern vor allem auch die dringend erwünschten und erforderlichen Arbeitserleichte-



rungen.

Der Berglandwirtschaft gehen bereits jetzt Produktionsanteile verloren. Mit den vorgeschlagenen Sparmassnahmen würde diese Entwicklung deutlich verschärft. Die Bergbauernfamilien würden vor fast unüberwindbaren Herausforderungen stehen. Die Betriebe müssten noch grösser werden, um ein Auskommen zu haben. Aber der Betriebsvergrösserung sind im Berggebiet klare Grenzen gesetzt. Eine weitere Zunahme der Arbeitsbelastung für die Bauernfamilien ist unzumutbar. Auch aus anderen Gründen wollen wir die Familienbetriebe im Berggebiet erhalten. Die flächendeckende Bewirtschaftung unseres Landes und die Erhaltung der dezentralen Besiedelung kann nur mit landwirtschaftlichen Familienbetrieben gesichert werden.

Auch wir Bergbauern sind bereit, einen Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen zu leisten. Aber die vom Bundesrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen stellen unsere Bauernfamilien vor schier unlösbare Probleme. Eine Kürzung des vorgesehenen Sparvolumens für die Landwirtschaft ist daher dringend vorzunehmen.

Es gilt das gesprochene Wort!



SBV Schweizerischer Bauernverband **USP** Union Suisse des Paysans **USC** Unione Svizzera dei Contadini **UPS** Uniuin Purila Svizra



SBV Schweizerischer Bauernverband **USP** Union Suisse des Paysans
USC Unione Svizzera dei Contadini **UPS** Uniuin purila svizra



Medienmitteilung des Schweizerischen und des Bündner Bauernverbandes vom 20. August 2003

Sparpläne treffen die Bauernfamilien ins Mark

Referat Jacques Bourgeois, Direktor Schweizerischer Bauernverband

Die Botschaft gibt recht detailliert darüber Auskunft, wo genau und wie viel bei der Landwirtschaft gespart werden soll.

Die drei Verwendungskategorien der Mittel aus dem Landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen sind (*in Klammer Anteil am gesamten ordentlichen Zahlungsrahmen 2004-2007*):

1. Direktzahlungen (71,1 %)

2. Förderung von Produktion und Absatz (20,9 %)

3. Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen (8,0 %)

Bei den **Direktzahlungen** (DZ) soll ab 2005 gespart werden, und zwar 50 Millionen Franken und 2006/07 je 57 Millionen Franken. Kürzungen der DZ wirken sich eins zu eins auf das landwirtschaftliche Einkommen der Bezüger aus. Die DZ sollten grundsätzlich nicht angetastet werden, da dies die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Agrarpolitik in Frage stellen würde. Zudem sind die DZ WTO-konform. In der Botschaft wird eine Kürzung der Flächenbeiträge um 60 Franken pro ha vorgeschlagen. Die vorgeschlagene Kürzung bedeutet eine Abnahme des Landwirtschaftlichen Einkommens je Familienarbeitskraft von 2,2 % bis 6,4 %, je nach Betriebstyp und Grösse.

Bei der **Förderung von Produktion und Absatz** sollen 2005 38 Millionen Franken, 2006/07 je 48 Millionen Franken gespart werden. Kürzungen in dieser Bereich wirken sich überproportional auf die landwirtschaftlichen Einkommen aus. Allgemein wird diesen Fördermitteln eine Hebelwirkung auf die Einkommenswirksamkeit - d.h. ein Multiplikationsfaktor von mindestens 1,5 - zugesprochen. Gemäss der Botschaft soll die Kürzung in allen bisher unterstützten Produktionssektoren linear umgesetzt werden. Dies wird vor allem die Milchproduzenten hart treffen, gehen doch gemäss dem ordentlichen Zahlungsrahmen 2004/07 zwei Drittel der Mittel in die Milchwirtschaft. Mit der Verkäsungszulage, der Siloverzichtszulage, den Beihilfen für die Verwertung von Milch in Form von Butter und Magermilch und den Ausfuhrbeiträgen für bestimmte Milchprodukte wird der Milchpreis insgesamt gestützt und damit die Einkommenssituation der Milchproduzenten positiv beeinflusst. Kürzungen in diesem Bereich würden aber nicht nur die Einkommen selber, sondern auch die Produktionsmengen und die Marktposition wichtiger Produkte der Schweizer Landwirtschaft empfindlich treffen. Dies betrifft vor allem den Käsesektor, der aufgrund der topographischen und klimatischen Voraussetzungen ein zentraler Pfeiler der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft darstellt und eine grosse Tradition hat.

Kumuliert man die Auswirkungen der Mittelkürzungen in den beiden Kategorien, ergeben die Modellkalkulation des SBV folgende Einkommenseinbussen für das Referenzjahr 2005:

- kleine Betriebe bis 10 ha:

im Talgebiet 7,4 %



im Hugelgebiet 13,6 %
im Berggebiet 13,9 %

• mittlere Betriebe mit 20 bis 30 ha:

im Talgebiet 8,4 %
im Hugelgebiet 10,7 %
im Berggebiet 9,1 %

• grosse Betriebe mit mehr als 50 ha:

im Talgebiet 8,1 %
im Berggebiet 13,9 %

Die Sparmassnahmen im **Bereich Sozialmassnahmen und Grundlagenverbesserung** sind mit 28,5 Millionen Franken 2004 und je 48,6 Millionen Franken in 2006 und 2007 voranschlagt. Sie sind zwar nicht unmittelbar einkommenswirksam. Es würden jedoch Mittel wegfallen, um Strukturen und Infrastruktur den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Auswirkungen wären zwar erst mittelfristig spürbar. Klar ist aber, dass damit die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft Einbussen erleiden würde, da Kostensenkungspotenzial ohne Grundlagenverbesserungen nicht ausgenützt werden kann. Besonders hart getroffen würden strukturschwache und Randgebiete, also hauptsächlich das Berggebiet. Besonders zu beachten gilt, dass für Massnahmen in diesem Bereich sowohl Bund als auch die Kantone verantwortlich sind. Bekanntlich wollen auch zahlreiche Kantone Sparprogramme durchführen. Die Signale des Bundes zur Reduktion der Ausgaben in diesem Bereich würden in den Kantonen als Einladung zur Reduktion der Kantonsbeiträge verstanden, was die negativen Auswirkungen noch verschlimmern würde.

Beim Fazit kann ich mich nur an die Sichtweise meines Vorredners anschliessen.

Die Einkommenseinbussen können den Bauernfamilien unmöglich zugemutet werden. Der SBV wird sich mit aller Kraft gegen die Sparmassnahmen zur Wehr setzen.

Es gilt das gesprochene Wort!



SBV Schweizerischer Bauernverband USP Union Suisse des Paysans USC Unione Svizzera dei Contadini UPS Uniuin Purila Svizra



SBV Schweizerischer Bauernverband USP Union Suisse des Paysans
USC Unione Svizzera dei Contadini UPS Uniuin purila svizra



Medienkonferenz des Schweizerischen und des Bündner Bauernverbandes vom 20. August 2003

Happige Sparpläne in der Landwirtschaft

Referat Nationalrat Hansjörg Walter, Präsident Schweizerischer Bauernverband

Mit dem "Entlastungsprogramm 2003" (EP 03) verabschiedete der Bundesrat am 2. Juli 2003 ein umfassendes Sparpaket an das Parlament. In der Herbstsession sollen sich beide Räte damit befassen. Es handelt sich um eine geballte Ladung, die da zur Zündung gebracht werden soll. Auch für die Landwirtschaft soll es keine Deckung geben. Von 2004 bis 2007, der vierjährigen Periode des Zahlungsrahmens der Agrarpolitik 2007, sollen 470 Millionen Franken eingespart werden.

In der Botschaft heisst es dazu wörtlich (Kap. 2.1.9.1 Landwirtschaft):

"Gesamthaft gesehen werden die vorgeschlagenen Kürzungen den Druck auf den Landwirtschaftssektor weiter erhöhen. Es werden dadurch mehr Betriebe als heute in ihrer Existenzfähigkeit bedroht. Nach den ... Buchhaltungsergebnissen der Referenzbetriebe für 2002 wurde ein durchschnittlicher Arbeitsverdienst pro Familienarbeitskraft von 30'400 Franken im Jahr bzw. 2'500 Franken pro Monat erzielt, 10 Prozent weniger als im Durchschnitt der drei Jahre 1999, 2000 und 2001. Insgesamt werden die Kürzungen in einem Durchschnittsbetrieb von 20 Hektaren, ohne Berücksichtigung der Teuerung eine auf 2'400 Franken pro Jahr geschätzte, direkte Verminderung der Einnahmen zur Folge haben. Um diese Einbussen auszugleichen und die Einkommen nominal halten zu können, müsste der Strukturwandel eine jährliche Rate von 4 bis 5 Prozent erreichen ... Angesichts der konjunkturellen Lage ist dies eher unwahrscheinlich. Somit ist von einem nominalen Einkommensrückgang auszugehen, der alle Betriebe treffen wird."

Hier erübrigt sich eigentlich jeder weitere Kommentar.

Immerhin kann man der Botschaft zu gute halten, dass sie keinen Hehl aus den Folgen der Sparpläne macht. Die zitierten Zahlen in der Botschaft decken sich übrigens gut mit den Modellkalkulationen beim Schweizerischen Bauernverband (SBV). Unsere Spezialisten errechneten einen durchschnittlichen Einkommensrückgang der Landwirtschaftsbetriebe von zehn Prozent. Wir haben also eine gut abgesicherte Erkenntnisgrundlage, was die Umsetzung der Pläne im Landwirtschaftssektor auslösen würde. Die rasche Verschlechterung des Bundeshaushaltes erfordere nun von der Landwirtschaft trotz ihrer anerkannt angespannten Lage zusätzliche Anstrengungen, heisst es dazu in der Botschaft lapidar.

Ich kann Ihnen aber als SBV-Präsident sagen, dass die Bauernfamilien nicht bereit sind, diese Kröte zu schlucken, auch bei allem Verständnis für die angespannte Lage des Bundeshauhalts nicht. Dabei geht es nicht einmal um ein kategorisches Nichtwollen, das man den Bauern jetzt vorwerfen könnte, sondern vor allem um ein Nichtkönnen. Der Preis für ein dermassen drastisches Vorgehen mit der Brechstange in einem ökonomisch und sozial sehr sensiblen Bereich ist entschieden zu hoch.

Kommt hinzu, dass die voraussichtlich anfallenden Sozialkosten die öffentlichen Haushalte erheblich belasten werden. Es ist nicht die Zeit, in der Bauern und Bäuerinnen, die ihren Betrieb aufgeben, leicht in anderen Tätigkeitsfeldern unterkommen. Schon gar nicht in abgelegenen und strukturschwachen Regionen. Und unglücklicherweise hat dasselbe Parlament, welches jetzt über das Sparprogramm befinden soll, bei der Debatte um die Agrarpolitik 2007 nichts von einer Betriebsaufgabeentschädigung wissen wollen. Sie wäre ein geeignetes Instrument gewesen, um soziale Härtefälle abzufedern. Es ist keine weise Politik, einerseits bewusst den Strukturwandel in der Landwirtschaft zu beschleunigen und andererseits nicht einmal einen



minimalen Sozialplan bereit zu stellen. So etwas gibt es normalerweise nicht einmal bei den Unternehmen im Sekundär- und Tertiärsektor, wo auch - und den Bauern ist das sehr wohl bewusst - ein rauerer Wind weht.

Fazit: Den Bauernfamilien in der Schweiz kann die Zusatzbelastung aus dem Entlastungsprogramm nicht zugemutet werden. Dies umso mehr als sich im Zusammenhang mit den WTO-Agrarverhandlungen eine weitere Verschärfung des Preisdrucks auf die Landwirtschaftsprodukte anbahnt. Es ist geradezu die Pflicht des SBV, sich mit aller Kraft für eine substantielle Reduktion der Sparvorgaben einzusetzen.

Zusätzlich stellt sich die Frage der Verfassungsmässigkeit. Volk und Stände haben 1996 (Landwirtschaftsartikel) und 1998 (VKMB-Denner-Initiative) zweimal mit überwältigenden Mehrheiten von jeweils gegen 80 Prozent den neuen Kurs der Landwirtschaftspolitik vorgegeben bzw. bestätigt. Der Souverän sagte somit auch ja zu ausreichenden finanziellen Mitteln zur Umsetzung der neuen Agrarpolitik. Es braucht schon eine gehörige Portion politischer Unverfrorenheit, wenn sich Bundesrat und Parlament jetzt einfach über diese Vorgaben hinwegsetzen wollen.

Es gilt das gesprochene Wort!